

Die „Vorwärts“ enthält täglich einmal, Sonntags und Abends nur einmal, mit den Unterhaltungsbeilagen „Reiz“, „Witz“, „Frauen-Welt“ und „Der Jugend-Gedanke“. Der Bezugspreis beträgt bei reiner Subskription aus Haus monatlich 2,10 M. ...

Die Werbepreise: Honorarblätter oder deren Raum kostet 8.- M. einschließlich Anzeigenentwurf. Klein-Anzeigen: Das eingedruckte Wort 2,50 M., jedes weitere Wort 1,75 M. ...

Fernsprecher: Zentrum 152 30-152 39

# VORWÄRTS

## Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

### Die innerpolitische Krise

In einem „Marxist“ überschriebenen Artikel nimmt das Zentrumsorgan „Germania“ Stellung zu der jetzigen Regierungskrise:

„So können die Dinge auf die Dauer nicht gemacht werden. Wir müssen der Vermischung der Politik mit dem Kartenspiel ein Ende machen. Entweder oder! Entweder man ist bereit, wirkliche Politik zu machen, und zu dem Ergebnis „ja“ und „amen“ zu sagen, oder man muß „nein“ sagen und die Regierung zu bilden. Sonst wird die Politik zum Satyrspiel.“

Nach einer Schilderung der ernststen außenpolitischen Lage und der Haltung der einzelnen Parteien schreibt das Blatt weiter:

„Es ist gut, daß der Reichstag einmal vor eine wirkliche politische Verantwortung gestellt wird und ebenso ist es notwendig, daß gewisse Krisenpolitiker, die das Wesen der Politik in der Krise selbst sehen, dieses Mal rasch vor Entscheidungen über Fragen gestellt werden, die sonst als schleichendes Gift die innerpolitische Lage verwirrt hätten. An alle Parteien tritt jetzt die Frage heran: Heraus mit der Sprache, wie man besser die Politik hätte führen müssen! Ebenso müssen sich jetzt alle Parteien, besonders die, die gern nachträglich die Klagen spielen, darüber klar werden, daß es nicht Aufgabe der Politik ist nur rückwärtsblickend Betrachtungen anzustellen. Will man eine neue politische Orientierung, so muß auch Ziel und Richtung der neuen Politik klar und deutlich vor Augen treten.“

Man kann keineswegs behaupten, daß Ziel und Richtung einer neuen Politik in der Presse der rechtsstehenden Katastrophopolitiker deutlich zum Ausdruck kommen. Recht deutlich kommt diese Verlogenheit im „Lokal-Anzeiger“ zum Ausdruck, der folgendes schreibt:

„Man kann noch so sehr die Frage unterstreichen, ob es in diesem Augenblick zu verantworten sei, das Reich in eine neue Regierungskrise zu stürzen, ob die Gegner des Reichsanwalts denn zu sagen müßten, was nach dessen Sturze geschehen solle. Die Oppositionsparteien insgesamt, und namentlich auch die beiden rechtsstehenden Parteien, können ihre Kampfstellung nicht mehr verändern, nachdem sie einmal so weit vorgegangen sind, wie sie es in der Sonnabend-Ausgabe getan haben.“

„Die „Kreuz-Ztg.“ freilich gibt sich recht tapfer. Sie meint allerdings, daß die Abstimmung am Mittwoch eine Mehrheit für das Kabinett ergeben würde. Für diesen Fall kündigt sie schon jetzt an, daß eine Mehrheit des Reichstags noch keineswegs eine Mehrheit des Volkes bedeute und daß deshalb Neuwahlen erforderlich seien. Den eigentlichen Zweck der deutschnationalen Schnelzug offenbart das Blatt, unter Hinweis auf Genua, mit folgenden Worten:

„Einmal muß unseren Feinden klar vor Augen geführt werden, daß das deutsche Volk die ihm auferlegten Bedingungen nicht erfüllen kann. Am Marßen wird aber dies jutage treten, wenn am kommenden Mittwoch zunächst das Erfüllungskabinett verschwindet und freie Bahn für neue Wege geschaffen wird.“

Zum Vorspann dieser auf neue internationale Komplikationen hinzielenden Nationalistenpolitik hat sich in erster Linie die Deutsche Volkspartei gemacht, deren Mißtrauensvotum bekanntlich noch schärfer gefaßt ist wie das der Deutschnationalen Partei. Ihr offizielles Organ, die „Zeit“, schreibt in ihrer gestrigen Abendausgabe:

„Auf der anderen Seite wird der Versuch von den Regierungsparteien gemacht, das von ihnen eingebrachte Vertrauensvotum der äußeren Form nach abzuschwächen. Man hofft, dadurch weitere Kreise dafür gewinnen zu können. Jedoch ist selbstverständlich, daß, nachdem Dr. Wirth klare Entscheidung gefordert hat, jedes Vertrauensvotum, mag es auch in der äußeren Form noch so unbestimmt sein, als Kundgebung für Dr. Wirth zu gelten hat. Alle Versuche, auf diese Weise etwa die Deutsche Volkspartei gewinnen zu wollen, sind von vornherein zum Scheitern verurteilt.“

Noch schärfer äußert sich das Stinnesorgan, die „Deutsche Allgemeine Ztg.“:

„Wie die Abstimmung des Hauses über das Vertrauensvotum für das Kabinett Wirth am Mittwoch ausfallen wird, ist auch heute noch ganz ungewiß. Nur das eine steht nach wie vor fest, daß die Deutsche Volkspartei gegen das Vertrauensvotum für Dr. Wirth stimmen und ihren Mißtrauensvotumsantrag gegen den Reichsanwalt aufrecht erhalten wird. Von dieser Seite hat Herr Dr. Wirth also unter keinen Umständen ein Entgegenkommen zu erwarten; das ist ihm auch bereits von einem Vertreter der Partei offiziell mitgeteilt worden.“

Wenn das Blatt weiter behauptet, daß von den Rechtssozialisten Bemühungen unternommen würden, um die U. S. P. für das Vertrauensvotum zu gewinnen, so ist diese Behauptung völlig falsch. Es haben keinerlei Besprechungen oder Verhandlungen stattgefunden.

Im übrigen haben wir nie einen Zweifel daran gelassen, daß es für die U. S. P. Grenzen des Entgegenkommens gibt, die nicht überschritten werden können. Die Regierung Wirth hat schon in der Frage des Steuerkompromisses versagt. Das Kabinett hat dann während und nach dem Eisenbahnerstreik eine Haltung eingenommen, die sie in Gegensatz zu der Arbeiterschaft gebracht hat. Die Regierung hat sich also durch ihre eigene Schuld in ihre jetzige Lage gebracht.

Recht eigenartig herührt es, daß der „Vorwärts“ diese Einsicht nicht hat. Er schreibt, anknüpfend an unseren Sonntagartikel „Stinnes steht vor den Toren“:

„Stinnes steht den Toren so nah oder ist von ihnen so weit entfernt, wie es den Unabhängigen beliebt. Die Unabhängigen brauchen am Mittwoch nur zu erklären, daß sie zwar das Verhalten der Regierung im Eisenbahnerstreik nach wie vor kritisch beurteilen, daß es ihnen aber sehr darum gehe, die Bildung einer reaktionären Katastrophregierung zu verhindern, und daß sie darum den Antrag Marx-Petersen-Müller annehmen, und das ganze Stinnes-Gelpenst ist zerronnen. Dann würden sich die Unabhängigen eine Majorität schaffen haben und sie könnten uns helfen, dafür zu sorgen, daß bei der Liquidierung des Eisenbahnerstreiks, entsprechend dem Versprechen Wirths, keine Nebenpolitik betrieben wird. Heßen sie aber am Mittwoch der Rechten, die Regierung zu stürzen und kommt infolgedessen eine Schwarzmaierregierung ans Ruder, dann können sich die Beamten und die Arbeiter für alles, was daraus wird, bei der U.S.P. bedanken.“

Der Schlussatz zeigt deutlich, daß es dem „Vorwärts“ nicht darauf ankommt, gemäß dem durchaus berechtigten Wunsch der „Germania“ Politik zu machen, sondern darauf, für alle Fälle die U. S. P. zum Prügelknaben für eine eventuelle Verschlechterung der innenpolitischen Lage zu machen.

### Rußlands Vorbereitungen für Genua

Wie der „Ost-Express“ zu melden weiß, trifft Krasin am Mittwoch aus London in Berlin ein, wo er einige Tage zu bleiben gedenkt, um sich dann nach Moskau zu begeben. Aus Moskau wird Krasin im Besonderen der Sowjetdelegation nach Genua rufen. Krasin hat schon in London Verhandlungen mit Lloyd George geführt, deren Ergebnissen von Sowjetrussischer Seite erhebliche Bedeutung beigegeben wird. Diese Verhandlungen haben sich u. a. auf die Bildung des internationalen Syndikats zum Wiederaufbau Sowjetrusslands bezogen. In Sowjetrussland geht man einem solchen Syndikat weniger aus grundsätzlichen Erwägungen ablehnend gegenüber, als aus Belorgnis, daß die Bildung eines übermächtigen Syndikats zu einer wirtschaftlichen und politischen Fessel für Sowjetrussland werden könnte. In London haben Krasins Bemühungen, Sicherheiten in dieser Richtung zu erlangen, wesentliches Entgegenkommen gefunden, wodurch die bisher russischerseits bestehenden Bedenken geräumt werden könnten.

Im Vorfeld dieser Londoner Verhandlungen wird Krasin in Berlin Konferenzen mit deutschen Politikern und Finanzleuten abhalten, die unter Beteiligung des Direktors der Sowjetstaatsbank Scheinman und des Chef der Sowjethandelsmission Stomonikow stattfinden sollen. Gleichzeitig mit Krasin trifft der Vorsitzende des Zentralkomitees (Allrussischer Zentralgenossenschaftsverband) Chinski auf wieder in Berlin ein.

Der Vorsitzende des Ukrainischen Rates der Volkskommissare Rakowski, der sich ebenfalls zurzeit in Berlin befindet und der der russischen Genuadelegation angehört, erklärte dem Ber-

treter des „Ost-Express“, daß die Sowjet-Ukraine mit allen anderen unabhängigen Republiken der Sowjetföderation auf der Genuaer Konferenz in einer einheitlichen Delegation vertreten sein werde. Diese einheitliche Politik sei die Folge der gleichmäßigen sozialen Struktur der Föderativrepubliken und der engen militärischen und wirtschaftlichen Verträge, welche diese Republiken an Sowjetrußland knüpfen. Die russische Delegation in Genua werde den Gesamttitel „Delegation der Vereinigten Sowjetrepubliken“ führen. Bereits in Cannes sei der Grundsatz der Nichtmischung in das innere staatliche und wirtschaftliche Leben der einzelnen Länder aufgestellt worden. An dieser Forderung würde die russische Delegation auch für die Arbeiter und Bauern der Sowjetrepubliken festhalten, und hierfür müßten reale Garantien seitens der Großmächte geboten werden. Als Gegenleistung würde die Sowjetregierung die gemischtere Anlage des Auslandskapitals in Rußland garantieren, was durch die Reform des russischen Zivil-, Straf- und Vertragsrechts ermöglicht werde. Betreffs der Auslandsschulden würde die Sowjetregierung nur einem solchen Zahlungsmodus zustimmen, der keine Verflüssigung der Wirtschaft Sowjetrußlands nach sich ziehe.

Zum preußischen Gesandten in München ist, als Nachfolger des nach Dresden versehnen Herrn von Schellen, Ministerialrat Dr. Denk vom preußischen Staatsministerium, der bisherige Dezernent des böhmischen Gebietes, aussersehen.

Als Nachfolger des verstorbenen Abgeordneten Conrad Haukmann tritt der Generalsekretär des Reichsverbandes des deutschen Handwerks, Karl Hermann in Keutlingen, in den Reichstag ein.

### Depotzwang und Bankgeheimnis

Für Kapitalflucht und Steuerhinterziehung

In dem Finanzplan, den die deutsche Regierung am 28. Januar der Reparationskommission unterbreitet hat, findet sich der Hinweis, daß die deutsche Regierung gegen Kapitalflucht und Steuerhinterziehung energische Maßnahmen getroffen habe. Insbesondere sei das Bankgeheimnis durch Gesetz aufgehoben worden, ferner werde der Wertpapierbesitz bei den Banken durch die Steuerbehörde überwacht. Die Mitteilung, daß solche Bestimmungen bestehen, ist richtig, aber sie ist nicht vollständig, denn sie läßt unerwähnt, daß sehr starke Kräfte am Werke sind, beiden Bestimmungen ein Ende zu bereiten. Bereits in der Reichstagsitzung vom 30. Januar hat Genosse Henke auf diese Bestimmungen hingewiesen und an den Reichsfinanzminister Hermes die Frage gerichtet, was er gegen sie zu tun gedenke. Herr Hermes hat geschwiegen und es somit unterlassen, was besonders aus politischen Gründen dringend wünschenswert gewesen wäre: Klarheit darüber zu schaffen, daß die Regierung diesen Absichten der Besitzenden keine Folge zu leisten gedenke.

Um so notwendiger aber ist es, daß jetzt die Öffentlichkeit darüber unterrichtet wird, von welcher großer Bedeutung der Kampf der Besitzenden gegen den Depotzwang und für die Wiedereinführung des Bankgeheimnisses ist. Diese Aufklärung ist aber auch notwendig, damit die Entente sieht, daß hinter jenen Aushöhlungsbestrebungen der Steuerbehörde nur die Parteien stehen, für die der Schutz des Geldbesitzes oberstes Prinzip aller ihrer Handlungen darstellt.

Gegen das Kapitalkuchgesetz vom 8. September 1919 und gegen die ergänzende Verordnung vom 24. Oktober des gleichen Jahres hat von Anfang an eine sehr starke Opposition bestanden. Die Verordnung bestimmt, daß Kupons- und Dividendscheine sowie ausgeloste Wertpapiere nur bei solchen Banken eingelöst werden dürfen, bei denen die Wertpapiere selbst hinterlegt sind, sofern der Besitzer es nicht vorzieht, dem Finanzamt ein Verzeichnis seiner Wertpapiere einzureichen. Praktisch ist also dadurch der Depotzwang für den gesamten Wertpapierbesitz eingeführt. Das Gesetz hat ferner die Banken verpflichtet, was später auch die Reichsabgabenordnung wiederholte, Kundenverzeichnisse einzureichen und den Steuerbehörden Auskunft über die Bankkonten zu erteilen. Mit diesen Bestimmungen wurde das Bankgeheimnis aufgehoben.

Der Zweck der beiden sich ergänzenden Maßnahmen war die Bekämpfung der Kapitalflucht und der Steuerhinterziehung. Das Ziel der Kontrolle entziehende Einkommen und der bewegliche Kapitalbesitz sollten sicherer erfasst werden als das bisher der Fall war, indem man den Steuerbehörden Einblick in die Bankkonten und Depotverzeichnisse ermöglichte und dadurch zugleich auf die Steuerpflichtigen einen starken Druck ausübte. Vollständig war dieses Ziel durch beide Bestimmungen allerdings nicht zu erreichen. Denn die Steuerpflichtigen versuchten durch Anlage mehrerer Bankkonten der Wachsamkeit der Behörden zu entgehen. Noch häufiger waren die Versuche, Einkommen, die nicht deklariert werden sollten, überhaupt nicht auf ein Bankkonto gehen zu lassen. Auch die Notensamsterei, die unkontrollierbar ist und sich dem steuerlichen Zugriff vollständig entzieht, erfuhr einen starken Anreiz.

Trotzdem begann insbesondere von den Banken eine starke Agitation gegen beide Bestimmungen. Sie behaupteten, die den Banken verursachte Mühe und Arbeit sei zwecklos, weil die Steuerbehörden wegen ihrer Ueberlastung nicht in der Lage wären, die Kundenverzeichnisse und Kontoauszüge zu verarbeiten. Dieser Einwand ist zweifellos gewaltig übertrieben. Gewiß sind infolge der Rückstände bei den Veranlagungsarbeiten der Finanzämter die Möglichkeiten zur steuerlichen Nachkontrolle auf Grund der Kontoauszüge und der Kundenverzeichnisse nicht erschöpfend ausgenutzt worden. Aber das ist nicht nur hier der Fall, sondern auch bei zahlreichen anderen Bestimmungen der Reichsabgabenordnung, mit deren Hilfe ebenfalls die Steuerhinterziehung wirksam bekämpft werden könnte. Dem steht ferner auch die Erklärung der Regierung gegenüber, daß nach der Auflösung der überwiegenden Mehrzahl der Finanzämter der Wert des Einblicks in die Bankverhältnisse der Steuerzahler schon jetzt trotz der unvollkommenen Ausnutzung sehr groß ist und daß daher auch gegenwärtig diese Möglichkeit zur richtigen Erfassung der Steuerpflichtigen nicht entbehrt werden kann. Diese Auffassung wird gestützt durch die Tatsache, daß häufig Jensten ihren Einspruch gegen ihre Veranlagung in dem Augenblick zurückzogen, in dem sie erfuhren, daß die Steuerbehörde von einem von ihnen geführten Bankkonto Kenntnis hatte. Ferner ist es doch auch unbestreitbar, daß bei vielen Steuerpflichtigen schon die Möglichkeit, evtl. der unrichtigen Einschätzung überführt zu werden, sie zur richtigeren Veranlagung veranlaßte. Die kleinen Unzulänglichkeiten, die für die Banken und auch für die kleinen Später mit festverzinslichen Werten ungewisselhaft bestehen, können demgegenüber wohl







SPD. und städtischer Streit

Dem „Vorwärts“ ist die Tatsache sehr unangenehm, daß die sozialdemokratische Stadtverordnetenversammlung — in Vertretung der Arbeiterinteressen natürlich — gegen den Antrag der USPD...

Der „Vorwärts“ sagt, daß durch den Kompromißantrag ein scharfmacherischer Antrag der Deutschnationalen zu Fall gekommen wäre, wenn die USPD nicht für das Kompromiß gestimmt hätte.

Unser neuer Roman

Wir beginnen heute mit dem Abdruck des autobiographischen Romans von Maxim Gorki „Unter fremden Menschen“...

Der Roman „Unter fremden Menschen“ zeigt nun den Werdegang dieses Büchleins, das hin und her gestoßen von lieblosen Verwandten und noch lieblosen Unternehmern sich mit festen Fäusten...

Wäre dieser Roman, wohl einer der schönsten des großen russischen Dichters, zahlreiche Freunde auch in den Reihen der deutschen Arbeiterklasse finden.

Mangel an Irrenpflegern

Die Durchführung des Achstundentages hat in den Irrenanstalten der Stadt Berlin zu einem empfindlichen Mangel an Pflegepersonal geführt.

Unter fremden Menschen

Von Maxim Gorki

Städtische russische Übersetzung von E. G. S. 1911

Amerikanisches Copyright 1918 by Ullstein & Co., Berlin.

Ich lebe unter fremden Leuten, als Lehrling in einem modischen Schuhwarendeser in der Hauptstraße der Stadt.

„Verzieh' das Gesicht nicht so“, sagt er leise, doch zugleich streng.

Es ist mir unangenehm, daß diese trübenden Augen mich sehen, und ich kann es gar nicht glauben, daß sie wirklich sehen.

„Hörst du nicht? Du sollst das Gesicht nicht verziehen!“ sagt er noch strenger und noch leiser.

„Krag' dir nicht die Arme“, kriecht mir sein trotzendes Gesicht ins Ohr.

„Was hast du denn zu Hause getrieben?“ fragt der Prinzipal und deutet sich dabei meine Hände.

„Ich erzähle ihm, daß ich Lumpen gesammelt habe. Er schüttelt den runden Kopf, an dem das graue Haar wie aufgeflossener Schnee liegt.“

„Lumpen gesammelt — das ist ja schlimmer als betteln oder stehlen!“

„Ich habe auch gestohlen“, bemerke ich nicht ohne Stolz. Er legt die Hände auf den Rand des Stuhls, daß er aussieht wie eine Krabe, die die Pfoten vorstreckt.“

„Was—?“ zischt er — „gestohlen? Wie soll ich das verhehlen?“

beaufsichtigen, ist überall auch der landwirtschaftliche Anstaltsbetrieb, in dem die Kranken am leichtesten gesund werden, heruntergekommen.

Die korrupten Wohnungsämter

Ein Fall ganz ungeheuerlicher Korruption bei einem Wohnungsamt beschäftigt vor einigen Tagen die 1. Strafkammer des Landgerichts I.

Vor Gericht beantragte Staatsanwaltschaftsrat Berliner mit Rücksicht auf die ganz ungeheuerlichen Schäden, welche durch ein derartiges verbrecherisches Tun der Allgemeinheit zugefügt würden...

Die Liebesfälle im Auto

Kostspielige galante Abenteuer Berliner Droschkenschaffere kamen in einer Verhandlung vor der Strafkammer des Landgerichts I zur Sprache.

Die schon vielfach, darunter auch schwer mit Zuchthaus verurteilte Angeklagte arbeitete mit folgender raffinierter Methode: Sie ließ sich von einem Kraftdroschkenführer nach irgendeinem Hause im vornehmsten Westen fahren...

Bescheidenheit

Als ich am Sonntag nachmittag ohne Geld und Zeitvertreib zu Hause saß, habe ich mir das Telefonbuch angeschaut.

Ich habe dabei festgestellt, wieviel Leute Cohn und Lewi und Meier und Fischer und Schwarz und Weiß heißen.

Zum Schluß habe ich dividiert. Also man stelle sich vor: ungefähr jeder zweihundertste Mensch hat einen dieser Gattungsnamen.

Trotzdem hat diese Tatsache etwas Beruhigendes. Ich finde es bescheiden, nicht schon von Anbeginn seines Daseins durch den Namen auszufallen.

Ich schlage vor: wir verzichten alle darauf, durch besondere Namen Anspruch auf Beachtung zu erheben.

Denn der Mensch ist von Natur nicht schlecht, man muß ihn nur daran erinnern. Und niemand wird heißen wollen: Müller der Dampfkesselfeuer oder Müller der Kriegsgesetz oder Müller der Rüststände.

Kuno Kalchas

Die Schulferien 1922. Für Groß-Berlin sind die Schulferien für das Schuljahr 1922/23 wie folgt festgelegt worden:

„Deutschland, Deutschland über alles.“ In der Nacht auf Montag kam es, wie der „Vorwärts“ berichtet, in den Rheinischen Wingerstraßen in der Französischen Straße zu einem unangenehmen Zwischenfall.

Volkshochschule Groß-Berlin. Die durch die letzten Streiks und den Kohlenmangel in den Schulgebäuden hervorgerufenen Störungen des regelmäßigen Lehrbetriebs können nunmehr als behoben gelten.

Kleine Mitteilungen. Die Stadtverordnetenversammlung hat in den Ausschüssen der Berliner Schlachtenwerke G. m. b. H. die Stadtverordneten Albrecht (D. B. P.), Linke (Din.), diesen zugleich als Aufsichtsratsmitglied der Sparkasse, Wildgans (Soz.) und Schulz (U. S.) gewählt.

Glohaugen zu verstecken, und ich stand an der Tür, fragte mich unbemerkt, so oft ich konnte, und beobachtete die Zeremonie des Schuhverkaufs.

Einmal hörte ich, wie eine Dame, den Fuß zurückziehend, ausrief:

„Ach, Sie kriegeln mich ja!“

„D, meine Gnädige, das geschieht nur aus Höflichkeit“, erklärte der Kommiss voll Eifer.

Väterlich kam es mir vor, wie er sich an die Kundinnen förmlich anschmiegte, und um nicht laut herauszulachen, wandte ich das Gesicht der Glotstür zu.

Zuweilen begab sich der Prinzipal in das Zimmerchen, das hinter dem Laden lag, rief auch Sascha hinein und ließ den Kommiss mit der Käuferin allein im Laden.

„Ach, Sie kleiner Schächer!“ sagte die Dame lächelnd, er aber dies seine Baden auf und soufzte dumpf: „Am—uch!“

„Wari“ nur, dafür wird man dich wegjagen!“ sagte er streng, als wir beide abends zu Bett gingen.

Er suchte mir klar zu machen, daß das Geschäft viel besser gehe, wenn der Verkäufer nach dem Geschmack der Damen ist. (Fortsetzung folgt.)

